

Pressemitteilung

Abentung: FPÖ-Feigheit bei Gentech-Pflanzen-Anbauverbots-Rahmengesetz Utl.: Strache-FPÖ verrät Wähler und verletzt hinterrücks Schutz der Heimat vor GVO

(Wien, 9. Juli 2015) Im Rahmen der heutigen Parlamentssitzung wurde das GVO-Anbauverbots-Rahmengesetz beschlossen. „Österreich ist weltweit führend im Kampf gegen den Anbau gentechnisch manipulierter Pflanzen. Unsere Landwirtschaft war immer ein scharfer Gegner des Anbaus von Gentech-Pflanzen – und erfüllt damit einen Auftrag der Gesellschaft“, erklärt Bauernbund-Direktor Johannes Abentung. Für die Beschlussfassung dieses Gesetzes war im Plenum eine 2/3-Mehrheit notwendig. In gemeinsamer und konstruktiver Arbeit konnten die Regierungsparteien mit Unterstützung der Grünen und der Neos-Partei dieses wichtige Gesetz auf den Weg bringen. Einzig FPÖ und Team Stronach haben sich für Gentechnik-Pflanzen von US-Konzernen auf österreichischen Feldern ausgesprochen. „Vom Team Stronach erwarte ich mir nichts. Das Chaos in dieser Partei spricht für sich“, übt Abentung Kritik am Abstimmungsverhalten der Kleinpartei. „Völlig unverständlich ist für mich aber, dass auch die Strache-Partei gegen ein tiefes Herzensanliegen der Bevölkerung gestimmt hat. Da ist heute wieder einmal ein Wählerverrat der FPÖ aufgefliegen“, zeigt sich der Bauernbund-Direktor besorgt.

FPÖ tritt Schutz der Heimat vor genmanipulierten Pflanzen mit Füßen

„Alles, was sich in der Ablehnung des Gentech-Pflanzenanbaus ausdrückt, wird von der FPÖ mit Füßen getreten“, kritisiert Abentung. Darin zeige sich wieder einmal die populistische Oberflächlichkeit der Strache-Partei. Denn: „Ein Nein zum GVO-Anbau heißt 100% Ja zu einem nachhaltigen Umgang mit der Natur, zu gesunden und vertrauenswürdigen Natur-Lebensmitteln quasi vom Nachbarn und zu einem nachhaltigen Bauerntum, das die Bauernhöfe und die Böden in einem ordentlichen Zustand an die Nachkommen übergeben möchte.“ Die Blauen zeigen ihr wahres Gesicht: „Das politische Programm ist einfach nur ‚Nein‘. Das ist keine Politik. Eine solche Politik hat keine Lösungskraft und keine Nachhaltigkeit, sondern lässt immer nur kurzfristig Dampf ab, um im Chaos zu enden. Durch die Initiative des Bauernbundes und die professionelle Vorbereitung von Minister Rupprechter ist unser Heimatland nun der erste EU-Mitgliedsstaat, der ein solches Verbot konsequent umsetzt“, lobt Bauernbund-Direktor Johannes Abentung die vorbildliche Umsetzung der EU-Richtlinie.